

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen

Nr. 108 ,14.05.2009

Zeitraum: 09.05.2009 – 15.05.2009

Rubriken

Islam und Muslime in Europa

- **Muslime in Europa – Gallup-Studie**
-

Innenpolitik Deutschland

- **Bundestagswahlkampf 2009**
 - **Politikerin Bilkay Öney: Wechsel von den Grünen zur SPD**
 - **Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft**
-

Europa

- **Wahlkampfthema: Türkei – EU; Sarkozy-Merkel**
 - **Bildungssysteme in Europa: Nachteil für Kinder und Jugendliche aus türkischen Migrantenfamilien**
-

Islam und Muslime in Europa

„Muslime leben in Deutschland am stärksten isoliert.“

Zaman, 09.05.2009, Titelseite, Fortsetzung Seite 2

Von Ismail Çevik/Frankfurt

„Das Gallup-Institut kommt in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die Muslime in Deutschland am stärksten von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Die in 27 Ländern durchgeführte Untersuchung an der fast 30 000 Personen teilnahmen, kommt zu interessanten Ergebnissen.

Der Untersuchung zu Folge sind die Muslime den Ländern gegenüber in denen sie leben loyaler als angenommen. Die in Deutschland lebenden Muslime vertrauen den deutschen Institutionen mehr als die Deutschen selbst, wohingegen sowohl die Muslime als auch die Deutschen kein Vertrauen in die Medien haben. 73% der Muslime vertrauen der deutschen Justiz im Gegensatz 49% der Deutschen. Der Regierung vertrauen 61% der befragten Muslime in Deutschland, wohingegen 34% der befragten Deutschen dies bejahten. Die mit der Untersuchung beauftragte Wissenschaftlerin Dalia Mogahed erklärt, dass der Glaube die Zugehörigkeit zu einem Land nicht negativ beeinflusst. Ein weiteres aufschlussreiches Ergebnis ist darin zu sehen, dass sich 71% der befragten in Deutschland lebenden Muslime mit Deutschland identifizieren. Der Gallup-Studie zufolge ist Deutschland das Land, deren Integrationsleistung am wenigsten erfolgreich ist. Verglichen mit der gesellschaftlichen Teilhabe von Muslimen in Großbritannien und Frankreich ist in Deutschland festzustellen, dass hier die Muslime am stärksten isoliert leben. 38% der Befragten gaben an, dass sie in Deutschland die fehlende Toleranz gegenüber unterschiedlichen Religionen spüren. Sowohl 96% der befragten Deutschen als auch 96% der befragten Muslime erklärten, dass für eine erfolgreiche Integration das Erlernen der Sprache sehr wichtig ist.

Zu den Ergebnissen aus Deutschland stellt Dalia Mogahed fest:

„Die Studie zeigt, dass die Muslime in Deutschland ein Teil der Gesellschaft sein möchten und auch als Teil dieser Gesellschaft Teilhabe ausüben wollen.“

Innenpolitik Deutschland

Bundestagswahlkampf – Wählergruppen

Doppelte Staatsbürgerschaft

„Das Wahlrecht mit der deutschen Staatsbürgerschaft ist unser Recht!“

Sabah, 11.05.2009, S. 18

„Während der Versammlung zum Thema „Die Rolle der europäischen Türken während des Verhandlungsprozesses der Türkei und der EU“ fordert die SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün die Aufhebung der Wahleinschränkungen und die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft. Lale Akgün spricht von einem Unrecht gegenüber türkischstämmigen Migranten in Deutschland: Obwohl diese seit vielen Jahren in Deutschland lebten, dürften sie aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft kein kommunales Wahlrecht ausüben, wohingegen das die aktive Teilnahme an Kommunalwahlen Bürgern und Bürgerinnen aus EU-Ländern möglich ist. Akgün weist darauf hin, dass die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Türken weder motiviert seien an der Politik in Deutschland zu beteiligen noch sich an der Politik in der Türkei beteiligen wollen: „In diesem Bereich können wir nur dadurch einen Fortschritt erzielen, indem wir die Türken in die Politik integrieren. Das ist mit der doppelten Staatsbürgerschaft möglich. Es ist den Menschen gegenüber nicht fair, die hier zugleich einen großen wirtschaftlichen Beitrag leisten, das kommunale Wahlrecht zu verwehren.“

Eine falsche Annäherung

Der Bundestagsabgeordnete Hakkı Keskin (Linke) erklärt während dem Treffen, dass die EU ihre Anmaßungen der Türkei gegenüber weiterhin verteidigt. Der Politiker betont, dass eine einseitige positiv motivierte Annäherung nicht zu Lösungen führen wird.

Das Volk glaubt nicht daran

Haluk Kabaalıođlu, Professor an der Yeditepe Universität in Istanbul betont, dass die EU aufgrund ihrer Probleme bezüglich der EU-Erweiterung nach Ausreden sucht, um die Türkei außen vor zu halten.

Der frühere türkische Außenminister Şükrü Sina Gürel gibt das fehlende Vertrauen der türkischen Bevölkerung in die EU zu bedenken: „Trotz dieser Hindernisse werden wir unsere modernen kulturellen Zielen weiterhin verfolgen.“

Berlins Bürgermeister Wowereits einladende Äußerung: „Die SPD ist eure politische Heimat.“

Hürriyet, 15.05.2009, S. 14

Von Ahmet Külahçı/Berlin

„Der Austritt der Politikerin Canan Bayram aus der SPD und ihr Eintritt bei den Grünen wird die Haltung der SPD gegenüber den Mitgliedern und Politikern mit Migrationswurzeln nicht negativ beeinflussen. Die SPD ist die politische Heimat der Migranten.“

„Der Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) erklärt, dass der Austritt der Abgeordneten Canan Bayram aus der SPD und ihr Eintritt bei den Grünen nichts an der Einstellung der SPD gegenüber Personen mit Migrationswurzeln ändert.

Wowereit, der sich wiederum zurückhaltend auf den Parteiaustritt von Bilkay Öney und ihren Parteieintritt in die SPD äußert, erklärt lediglich: „Ich empfinde Zufriedenheit wenn sie sich dazu entschließt, mit uns zusammen zu arbeiten.“

Wowereit beantwortete die Fragen der Hürriyet im „Roten Rathaus“, das sich im früheren Ost-Berlin in der Nähe des berühmten Alexander-Platzes befindet:

Hürriyet: „Canan Bayram erklärt, dass sie überheblich und eingebildet seien. Sind Sie denn tatsächlich so?“

Wowereit: „Ganz und gar nicht. Ich finde schnellen Kontakt zu anderen Menschen und höre Menschen genau zu.“

Hürriyet: „Canan Bayram hingegen erklärt, dass Sie die anderen Parlamentarier nicht zuhört und auch nicht auf sie eingehen. Sie täten ausschließlich das was Sie persönlich für richtig hielten. Bayram beschuldigt Sie, dass Sie den Frauen innerhalb ihrer Partei und auch im Abgeordnetenhaus den Karriereweg verschlossen. Was sagen Sie dazu?“

Wowereit: „Diese Anschuldigungen sind völlig haltlos und absurd. Ich denke, dass sie diese Argumente äußert und benötigt, da sie ihren Schritt verteidigen und der Öffentlichkeit gegenüber erklären muss. Diese Form der Annäherungen sind keineswegs objektiv. Das entspricht einer rein subjektiven Verteidigungsform.“

Hürriyet: „In Ihrer Partei gibt es auch Türkischstämmige Abgeordnete. Wird der Parteiaustritt von Canan Bayram keinen Einfluss auf die Annäherung auf die Menschen mit Migrationshintergrund haben?“

Wowereit: „Nein, das wird auf gar keinen Fall einen negativen Einfluss haben, weil diese Entscheidung eine sehr individuelle Entscheidung einer einzelnen Person gewesen ist. Als SPD wird dies unsere Ansichtweise nicht verändern. In der SPD gibt es erfolgreiche Türkischstämmige Politiker und Politiker mit Migrationshintergrund, die aktiv Politik machen. In dieser Gesellschaft gibt es zahlreiche integrierte Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Menschen möchten ihren Teil dazu beitragen, damit auch andere sich gut integrieren können – deshalb werden sie mit ihrer politischen Arbeit in der SPD fortfahren. Daran habe ich persönlich keine Zweifel. Ich möchte eines offen und deutlich erklären: Der Austritt von Canan Bayram aus der SPD wird überhaupt keinen negativen Einfluss auf unsere Beziehung mit den Parteikollegen mit Migrationshintergrund haben – eben weil die SPD die politische Heimat der Türkischstämmigen und der Menschen mit anderen weiteren Migrationshintergründen ist.“

Europa

Kritik am Wahlkampfthema Türkei - Sarkozy und Merkel

„Erdoğan beschuldigt Sarkozy und Merkel die Türkei für ihre Zwecke politische missbrauchen.“

Zaman, 15.05.2009, S. 11

Von Azamat Damir/Warschau

„Bei seinem Treffen mit dem polnischen Premierminister Donald Tusk in Warschau, gab Erdoğan seiner Aufforderung Loyalität Ausdruck. Hintergrund sind die Äußerungen von Merkel und Sarkozy gegen den Beitritt der Türkei.

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan kritisiert scharf die von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Ministerpräsidenten laut geäußerten gegnerischen Meinungen bezüglich des Türkeibeitritts in die EU im Vorfeld des Wahlkampfs zur Wahl des EU-Parlaments. Erdoğan beschuldigt die beiden Politiker, das Türkei-EU-Thema zum Zweck für ihre eigene persönliche Politik zu missbrauchen:

„Schon in baldiger Zukunft werden wir wieder zusammen kommen und uns von Angesicht zu Angesicht unterhalten – das sind inakzeptable Umstände.“ Erdoğan, der mit dem polnischen Premierminister in Warschau zusammenkam bezeichnete die Äußerungen von Merkel und Sarkozy als sehr unglücklich: „Ich erwarte, dass sie sich loyal verhalten mit Hinblick auf die Gespräche und Ergebnisse, die wir persönlich miteinander bei unseren Treffen führen.“

Erdoğan kritisiert weiter: „Einerseits stehen die Wahlen zum EU-Parlament an und andererseits steht in Deutschland die Bundestagswahl bevor. Auch Frau Merkel erklärt sich politisch in Anbetracht der für sie entsprechenden Gründe. Das ist jedoch weder elegant noch positiv.“

Erdoğan weist darauf hin, dass diese Äußerungen das Europabild der Bürger in der Türkei negativ beeinflussen. Auch der polnische Premierminister äußert sich kritisch über die Äußerungen von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy.

„Wenn die von uns gemachten Vereinbarungen ineinander greifen, dann wird die Türkei automatisch in die EU beitreten.“

Die englische Financial Times schreibt, dass die EU ihre Grenzen klar machen muss und hierzu Stein und Land der Türkei aufnehmen muss. Die Zeitung betont die wirtschaftliche und militärische Kraft der Türkei: „Die Türkei besitzt ihre Vergangenheit im Osmanischen Imperium und ist aufgrund ihrer türkischen Kultur und auch aufgrund ihres islamischen Erbes

dazu in der Lage, ihre Nachbarn besser zu verstehen als es die europäischen Länder in der Lage sind.“

„Das französische Volk ist genau so wie Sarkozy gegen den Beitritt der Türkei!“

Zaman, 14.05.2009, S. 11

Paris/Ankara

„Eine große Mehrheit in Frankreich lehnt, wie der französische Ministerpräsident, den Beitritt der Türkei in die EU ab. In der letzten dazu durchgeführten Umfrage erklärten 67% der Befragten sich gegen einen Beitritt der Türkei in die EU. Die Zeitung Le Monde führte in Zusammenarbeit mit anderen Presseorganen mit Hinblick auf die europäischen Parlamentswahlen durch. Demnach äußerten sich nur 30% positiv zu einem Türkeibeitritt, wohingegen 3% der Befragten keine Meinung angaben. Während Wähler rechter Parteien sich mehrheitlich gegen einen Beitritt der Türkei in die EU erklärten, befürworteten wiederum Wähler linker Parteien den Beitritt.“

„Brief von Recep Keskin (Vorstandsmitglied des Verbandes türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa) an Sarkozy und Merkel: „Eine privilegierte Partnerschaft ist inakzeptabel!“

Keskin weist darauf hin, dass aufgrund der gemeinsamen Zollbestimmungen bereits zugunsten der EU eine privilegierte Partnerschaft besteht.

Sabah, 14.05.2009, S. 19

„Der Vorsitzende von ATIAD Recep Keskin hat einen Brief an Angela Merke und Nicolas Sarkozy verfasst und zugeschickt. Er kritisiert die Äußerungen gegen den Beitritt der Türkei in die EU der beiden Politiker letztes Wochenende in Berlin. Die Empfehlung einer privilegierten Partnerschaft ist inakzeptabel, so Recep Keskin. Keskin, der betont in seinem Brief: „Aufgrund der 40-jährigen Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, wozu selbst christdemokratische Politiker wie Konrad Adenauer und Helmut Kohl beigetragen haben, zusätzlich durch die seit fast 50 Jahren währende Mitgliedschaft der Türkei im Europarat und aufgrund der gemeinsamen Zollabkommen besteht bereits eine von Ihnen empfohlene privilegierte Partnerschaft. Wir wünschen uns, dass die Türkei nicht zum wiederholten Mal, immer und immer wieder für Wahlkampfzwecke missbraucht wird. Wir beobachten, dass zu Wahlkampfzeiten die CDU/CSU bestimmte Wählerpotenziale durch dies Art der Äußerungen bereits wiederholt in der Vergangenheit und Gegenwart erreichen will. Das hat wiederum nicht nur negative Folgen auf die Beziehung zwischen der Türkei und Europa, sondern stört die in Europa lebenden 3,8 Millionen Türken deutlich.“

Bildungssysteme in Europa: Nachteil für Kinder und Jugendliche aus türkischen Migrantenfamilien

„Das Bildungssystem spielt für den Misserfolg türkischer Schüler und Schülerinnen eine große Rolle.“

Zaman, 12.05.2009, S. 2

„Türken haben einen größeren Misserfolg in den europäischen Ländern, in denen die Teilnahme an höheren Schularten sehr früh getroffen wird. Insbesondere die fehlenden Sprachfähigkeiten besitzen einen großen Einfluss auf die türkischen Kinder. Eine in Holland durchgeführte Studie an türkischen Schülern und Schülerinnen in Berufsschulen und Realschulen erhielt das Ergebnis, dass für den schulischen Misserfolg türkischer Schüler und Schülerinnen das Bildungssystem die ausschlaggebende Rolle spielt. Das Amsterdamer Institut für Migration und ethnische Minderheiten (IMES) untersuchte sieben europäische Länder, in denen Türken leben. Einer von drei türkischen Schülern in Holland besitzt demnach keinen Schulabschluss. In der Studie lautet daher das Ergebnis, dass eine spezielle Problematik aufgrund des holländischen Bildungssystems besteht. In der Studie ist darüber hinaus festzustellen, dass neben Holland auch in Deutschland die türkischen Schüler ihren Bildungsweg auf halbem Weg verlassen und dies weit verbreitet ist. Auch wenn die türkischen Schüler sowohl mittlere Bildungsabschlüsse anstreben als auch Berufsschulen besuchen, sind sie nicht so erfolgreich wie die deutschen und holländischen Schüler im Vergleich. Innerhalb der verglichenen Länder jedoch bestehen große Unterschiede. In der Schweiz, in Schweden und Belgien haben weniger als zehn Prozent der Türken aus der zweiten Generation keinen Schulabschluss – wohingegen in Deutschland und Holland jeder dritte keinen Abschluss besitzt.

Das Bildungssystem in Holland wirkt sich aus zwei Gründen negativ aus: Zum einen sind die Grundschüler, welche die Grundschule absolvieren gerade einmal 12 Jahre alt, sobald ihre Entscheidung über ihren weiteren schulischen Verlauf gefällt wird. Die Schüler und Schülerinnen werden an Berufsschulen empfohlen, in denen Berufe erlernt werden, die mit einem geringen Status und einem geringen Verdienst verbunden sind.

In Schweden und Frankreich hingegen wird die Entscheidung über den Besuch an einer weiterführenden Schule frühestens mit 15 Jahren entschieden.

Der zweite Grund ist darin zu finden, dass sich Schüler und Schülerinnen aus Berufsschulen mit einem lernschwachen Umfeld konfrontiert sehen, auch wenn sie sich dazu entscheiden, einen höheren Schulabschluss nachzuholen. Die Schüler in diesem Umfeld haben vor allem schwache Leistungsergebnisse. Sowohl das Umfeld als auch die Folgen der Pubertät, die für einen 16-jährigen Schüler bestimmend sind, haben auf die schulische Ausbildung einen erheblichen Einfluss.“

Den erscheinenden Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:
Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe
Autorin Newsletter: Meltem Kulaçatan
www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff